



Auf nach 2026

Nun ist sie da – die neue Landesregierung. Eine Koalition aus CDU und SPD wird nunmehr die Politik Berlins bis 2026 bestimmen. Erst im dritten Wahlgang stolperte Kai Wegner (CDU), möglicherweise mit AfD-Stimmen, ins Rote Rathaus. Der Koalitionsvertrag besteht aus jeder Menge Ankündigungen. Zwar sollen auch Dinge fortgeführt werden, die die vormalige rot-grün-rote Regierung auf die Schiene gesetzt hat. Dazu gehört unter anderem die Anhebung des Landesmindestlohns oder auch das 29-Euro-Ticket. Aber schon bei letzterem zeigt sich, dass es seit Mai keine Anschlusslösung, sondern nur das Deutschlandticket für 49 Euro gibt. Und auch bei der dringend notwendigen Verkehrswende droht Stillstand. Tram- und Radwegeausbau haben keine Priorität mehr. Wirkliche Antworten auf die drängenden sozialen und gesellschaftlichen Fragen hat diese sogenannte Große Koalition nicht.

Dabei hätte es nach der Wiederholungswahl deutlichere Mehrheiten für ein fortschrittliches Bündnis aus SPD, B'90/DIE GRÜNEN und den LINKEN gegeben. In den Sondierungen wurde in allen wichtigen

Fragen eine Einigung zwischen den drei Parteien erzielt. Das hat die SPD-Spitze ohne Not in den Wind geschlagen und der CDU nun das Rote Rathaus überlassen.

Auch der Mitgliederentscheid bei der SPD fiel denkbar knapp aus. Fast 46 Prozent der Berliner SPD-Mitglieder waren gegen eine Koalition mit der CDU. Weil auch sie wissen, dass die CDU für den Berliner Bankenskandal ebenso wie für den Stillstand beim sozialen Wohnungsbau, bei der Verkehrswende und für fehlende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur steht.

Als LINKE schauen wir der schwarz-roten Koalition auf die Finger. Wir wollen mit klugen Konzepten für die ganze Stadt ein fortschrittliches Politikangebot unterbreiten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen, der Mieter*innenbewegung und der Stadtgesellschaft. Wir laden alle ein, mit uns für eine progressive Mehrheit 2026 zu kämpfen.

Sandra Brunner
Vorsitzende DIE LINKE.
Pankow



> Nein zum Stadionabbriss

Das Jahnstadion wird abgerissen. Das ist unsinnig, meint die Bürgerinitiative Jahn sportpark.

[Weiter auf Seite 3](#)

> Hände weg vom Grünen Kiez

Trotz Klimanotstand, entgegenstehender Beschlüsse des Bezirks und Proteste der Anwohnenden sollen die grünen Innenhöfe im Schloßparkkiez bebaut werden.

[Weiter auf Seite 5](#)

> Verkehrswende adé

Die neue Koalition von CDU und SPD in Berlin setzt auf teure U-Bahn-Träume, eine Fortführung des erfolgreichen 29-Euro Tickets wird es nicht geben.

[Weiter auf Seite 6](#)

> Leitfaden Obdachlosigkeit

Letztes Jahr hatte die BVV Pankow auf Initiative der Linksfraktion beschlossen, dass das Bezirksamt einen Leitfaden im



Hinblick auf den Erstkontakt und den weiteren Umgang mit obdachlosen Menschen entwickeln soll. Verhindert werden sollen unter anderem schnelle Räumungen, wenn Menschen beispielsweise auf Grünflächen übernachten, ohne dass es vorher zu Hilfsangeboten gekommen ist. Nunmehr liegt der Leitfaden vor. Die AG Obdachlosigkeit des Bezirksamts und auch der Sozialausschuss in der BVV werden das Thema weiter begleiten.

> Amtshaus Buchholz

Das Amtshaus Buchholz wird derzeit saniert, es soll barrierefrei werden. Viele Senior*innen nutzen die Angebote des



generationsübergreifenden Nachbarschaftshauses. Oft sind sie mobilitäts eingeschränkt. Die BVV hat auf Antrag von B'90/DIE GRÜNEN, unterstützt von den Fraktionen der LINKEN und der SPD sowie der Gruppe der FDP, beschlossen, dass das Bezirksamt prüfen soll, ob in der nahegelegenen Schönhauser Straße Parkplätze für Menschen mit schwerer Gehbehinderung geschaffen werden können.

Einladung BVV-Sitzung

am 14. Juni 2023

> 15. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, im BVV-Saal,
Fröbelstraße 17

(Nähe S Prenzlauer Allee)

Pankow bekommt Jamaika

Aus der 14. Tagung der BVV

In ihrer 14. Tagung wählte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) das Bezirksamt neu und die Wiederholungswahl vom 12. Februar 2023 nahm damit ihren Abschluss. Dass es für Pankow ein

DIE LINKE wird mit Dominique Krössin weiterhin im Bezirksamt vertreten sein. Leider wird sie das Ressort Schule nicht fortführen können. Ihr folgt der vollkommen unerfahrene Polizeibeamte Jörn Pasternack



Wechsel im Rathaus Pankow

Bündnis aus B'90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP geben soll, war unlängst bekannt. Die Personalentscheidungen für das Bezirksamt legen offen, wessen Interessen das Bündnis vertritt: die eigenen.

Mit nur einer Stimme Mehrheit schaffte Dr. Cordelia Koch (B'90/DIE GRÜNEN) die Hürde und wurde zur Bezirksbürgermeisterin gewählt. Ihr bisheriges Ressort Soziales hinterlässt Koch in einem katastrophalen Zustand – aufgrund mangelnder Kenntnisse der bezirklichen Verwaltung und langfristiger Zielsetzungen. Fast zwei Dutzend Stellen sind unbesetzt, der Bearbeitungsrückstand bei Anträgen auf Sozialleistungen ist immens.

Koch löst Sören Benn (DIE LINKE) im Amt des Bezirksbürgermeisters ab. Wir danken Sören Benn für seine großartige Arbeit, die er fast sieben Jahre lang für Pankow mit viel Herzblut geleistet hat. Mit ihm geht eine wahre politische Größe – ein Bezirksbürgermeister, der viele Impulse für eine bürgernahe Verwaltung gesetzt hat.

(CDU) nach. Eine eigene Agenda hat der neue Stadtrat nicht. Es droht ein unkritisches Durchstellen der Landesvorgaben der Großen Koalition und damit ein Stillstand beim dringend benötigten Schulbau.

Auch aufgrund der investorenfreundlichen Position zum Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße betrachten wir das Jamaika-Bündnis mit großer Sorge. Dessen Projektvereinbarung zeigt viele Leerstellen, vor allem im Bereich Jugend und Soziales. Umso dominanter erscheint das Thema Teilprivatisierung.

Für uns ist klar: Pankow braucht eine starke LINKE – jetzt mehr denn je. Wir stehen für eine Politik, die auf den Ausbau von sozialer Infrastruktur und des ÖPNV setzt, die dem Mieter*innen-schutz verpflichtet ist und die Pankow im Ganzen denkt.

Maria Bigos
Vorsitzende der
Linksfraktion



Profi(t)sport statt Inklusion und Klimaschutz

Nein zum Abriss des Jahnstadions

Den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark möchte der Senat samt Stadion zu einem Inklusions-Leuchtturm ausbauen. Ein Anliegen, das Unterstützung verdient. Die zentral gelegene und gut erschlossene

selbstorganisierten Sport. Es ist schwer nachvollziehbar, warum all diese Aspekte so spät und erst auf Betreiben der Bürgerinitiative in die Planung eingebracht wurden.

zeugendes Umbauprojekt hervorbringen konnte. Die klimatisch und sozial bedeutsame Sportwiese soll einem Plasteplatz weichen. Vorrang hat der Profisport im neuen Stadion, während die konkreten



Jahnstadion: vom Abriss bedroht



Samstag auf dem „Exer“

Anlage weist Gestaltungspotential auf. Dennoch ist das Vorhaben hoch umstritten und ruft massive Proteste hervor, von der Anwohnerschaft, die sich unter anderem in der Bürgerinitiative JahnSportpark und neuerdings auch im SC Sportwiese organisiert hat, über Natur- und Klimaschützer bis hin zur Architektenschaft.

Vermutlich wären diese Proteste vermeidbar gewesen, hätte man das Projekt nicht jahrelang allein unter sportfachlichen Aspekten entwickelt. Über 220 Millionen Euro in einem der am dichtesten besiedelten, verkehrlich und touristisch besonders hoch frequentierten Wohngebiete zu verbauen, wirft Fragen auf, die weit über den Sport hinausreichen: Vom Stadtlandschaftsraum mit Mauerpark und Falkplatz über die Bedeutung der ostmodernen Architektur und des Stadtgrüns, bis zur sozialen Bedeutung der Sportwiese für den informellen,

Der geplante Abriss der Haupttribüne, die ebenso jung ist wie Fußballweltmeister Lionel Messi, und der stadtbildprägenden Flutlichtmasten mit ihren mehr als 1.000 m³ großen Betonfundamenten vernichtet Ressourcen, graue Energie und ein bemerkenswertes Bauwerk der späten Ostmoderne. Das kühn auskragende Dach der Haupttribüne ist ikonisch, ihre Lage auf der ungünstigen Ostseite ein Alleinstellungsmerkmal, das der Nähe zur damaligen Staatsgrenze geschuldet ist. Wer im Bestand baut, muss vom Bestand ausgehen und prüfen, wie sich dieser durch klugen Um- und Weiterbau entwickeln lässt. Daran hat sich der Bedarf anzupassen, nicht umgekehrt. Die Senatsbauverwaltung verfügt aber noch nicht einmal über die dafür erforderlichen Bestandsunterlagen. Das hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Architektenwettbewerb kein über-

Planungen für die Tag für Tag stattfindende Inklusion im Sportpark auf die nächste Legislaturperiode vertagt wurden und im Landeshausalt finanziell noch gar nicht hinterlegt sind.

Der JahnSportpark steht exemplarisch für ein überkommenes, völlig unzeitgemäßes Vorgehen einer durch Energieverschwendung getriebenen Wegwerfgesellschaft. Allein in der näheren Umgebung sollen der Neubau des Kinos Colosseum (1996/97), das Fachmarktzentrum am Gesundbrunnen (2008) und die Nixdorfbauten am Humboldthain (1984-86) abgerissen werden. Dass wegen des Umzugs der Basketballprofis von Alba aus ihrer derzeitigen Halle auch ein Abriss der Max-Schmeling-Halle (1996/97) ins Spiel gebracht wird, zeigt, wie flach die Lernkurve immer noch verläuft.

Philipp Dittrich
Bürgerinitiative JahnSportpark

Pankower Frauenpreis für Tina Pfaff

Seit 2020 ehrt der Pankower Frauenpreis Frauenprojekte, Einzelpersonen und Initiativen, die sich im Bezirk für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen

„Egal, um welche gleichstellungspolitischen Ziele und Forderungen es im Bezirk ging, Tina Pfaff war und ist eine überaus wichtige Akteurin in diesem Bereich. Im

beauftragte im Bezirksamt Pankow, die Entscheidung der Jury.

Tina Pfaff sieht die Probleme von Frauen – also kümmert sie sich. Sie ist Mitfrau im Frauenbeirat Pankow, den sie seit 2001 aktiv mitgestaltet.

In seiner Laudatio würdigte Oliver Jütting, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), das kommunalpolitische und persönliche Wirken der Preisträgerin: „Es geht ihr um die sozialen Themen ..., dass Gleichstellung immer auch etwas damit zu tun hat, dass Frauen besonders häufig Sorgearbeit und Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen müssen. Dass Kindererziehung dann doch an ihnen hängen bleibt. Dass all das dazu führt, dass Frauen häufiger von Armut bedroht sind, leichter in die Obdachlosigkeit abrutschen, dass aber die Hilfesysteme allzu oft noch aus einer männlichen Perspektive heraus gedacht werden.“

Liebe Tina, ich schätze deine konkrete Arbeit seit Jahrzehnten sehr und freue mich, dass uns jetzt die Themen der Frauen im höheren Lebensalter weiter verbinden, aber deine Ausstrahlung auch die jüngeren Genoss*innen inspiriert. Herzlichen Dank!

Gisela Grunwald



Trägerin des Pankower Frauenpreises: Tina Pfaff (2.v r.): So was von verdient!

und die Geschlechterdemokratie fördern. Dieses Jahr erhielt Tina Pfaff diesen Preis für mehr als 30 Jahre aktives Engagement in der Pankower Gleichstellungspolitik.

Gespräch, im Austausch und im Miteinander vermochte sie es, mit Kompetenz und Erfahrung Lösungsansätze und Ideen auf Augenhöhe zu entwickeln“, begründete Stephanie Wittenburg, Gleichstellungs-

+ + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + +

> **Nein zu Rassismus**

Das Pankower Register erfasst seit vielen Jahren rassistische, antisemitische, homophobe und rechtsextrem motivierte Vorfälle in Pankow. 2022 wurden 387 Vorfälle gemeldet und damit rund 40



Vorfälle mehr als 2021. Fast alle Meldungen betreffen Propagandavorfälle in Prenzlauer Berg, Weißensee und Buch. Die Anzahl der Angriffe blieb im Vergleich zum Vorjahr fast gleich. Gleiches gilt für Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. Rassismus war dabei das Hauptmotiv.

> **Denkmal Blankenfelde**

Anlässlich des 78. Jahrestages der Befreiung wurde das ehemalige Zwangsarbeits- und Krankensammellager Blankenfelde-Nord zum Bodendenkmal erklärt. Dort waren seit 1940 Kriegs-

gefangene inhaftiert. Anschließend wurden dort sogenannte Ostarbeiter als Bauarbeiter für die Neugestaltung Berlins untergebracht.

Später wurde es für tausende Menschen aus Osteuropa das Durchgangslager zur Zwangsarbeit. Seit Sommer 1942 wurde das Barackenlager als „Rückkehrersammellager“ genutzt. Bis Kriegsende wurden hier schwerstkranke und arbeitsunfähige „Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter“ ohne ausreichende medizinische Behandlung ihrem Schicksal überlassen. Aktuell sind 725 Todesfälle bekannt.

Im grünen Kiez wird's eng

Am 28. Februar 2023 hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Baugenehmigung für Unterkünfte für Geflüchtete zu Gunsten der Gesobau in den grünen Höfen an der Kavaliertstraße erteilt. Sie wendet dabei Sonderbaurecht an.

Die Fällgenehmigung für die Bäume war schon Wochen vorher erteilt. Taschenspielertricks politisch nicht mehr Verantwortlicher haben eine Verwaltung aufs Gleis gesetzt, die jetzt fatale Vorgaben exekutiert und die nach-

und Sonderbaurecht gegen die Intention des Gesetzgebers missbraucht wird. Gerade ist noch ein bisschen Zeit, weil der Artenschutz nicht so einfach weggewogen werden konnte und entsprechende Gutachten vorliegen müssen. Die neue Senatsbauverwaltung muss den Vorgang dringend stoppen und im konstruktiven Dialog mit dem Bezirk wieder zu einem gemeinsamen Weg finden.

Ein Kiez, der schon in den letzten Jahren massive Nachverdichtungen zu schultern hatte, kann nur durch eine aufmerksame Planung und die gezielte Anpassung der sozialen und grünen Infrastruktur im Gleichgewicht gehalten werden. Für uns steht eine bedarfsgerechte Stadtentwicklung mit den Bürger*innen immer im Vordergrund.

Nur diese ermöglicht den Menschen eine Identifikation mit ihrem Kiez und schließlich befördert sie auch die Integration von Zuziehenden und aus Notlagen Geflüchteten. Wir kämpfen weiter für eine Stadt für alle und sind solidarisch mit den Menschen im grünen Kiez.

Fred Bordfeld
Bezirksverordneter



Bald weg? 170 Bäume stehen auf den grünen Innenhöfen im Schloßparkkiez.

Die Baugenehmigung erging damit nur wenige Tage, nachdem der Bezirk Pankow seine alternativen Planungen für den Schlossparkkiez im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorgestellt hat.

haltige Entwicklung eines ganzen Kiezes im Herzen Pankows dauerhaft gefährdet. Nicht nur die politische, sondern auch die Willkommenskultur im Bezirk nimmt Schaden, wenn gute Kompromisslösungen einfach ignoriert werden

In Armut aufwachsen

Seit 2017 gibt es in Berlin eine Landeskommission Kinder- und Familienarmut. In Berlin sind 27 Prozent der Kinder armutsbetroffen. Für einen Besuch im Kino fehlt das Geld, Geschenke zu Weihnachten sparen sich die Eltern sprichwörtlich vom Munde ab. Auch deshalb ist es gut, dass die frühere Landesregierung aus SPD, B'90/DIE GRÜNEN und LINKEN den kostenlosen Eintritt ins Schwimmbad für Sozialleistungsbeziehende beschlossen hat. Auch das Schülerticket und das Mittagessen für Grundschüler*innen sind kostenfrei.

Um auch im Bezirk Kinder- und Familienarmut gezielter anzugehen, soll es in Pankow eine entsprechende Koordina-

tionsstelle geben und eine Strategie zur Armutsprävention erarbeitet werden. Das



hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Initiative von LINKEN, B'90/DIE GRÜNEN und SPD beschlossen. Armutsstrukturen in Pankow sollen identifiziert

werden. Die unterschiedlichen Angebote, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, sollen besser miteinander verzahnt werden. Nun ist das Bezirksamt aufgefordert, auch die Haushaltsmittel hierfür bereitzustellen. Besorgnis ist angebracht. Denn die Vereinbarung der neuen Zählgemeinschaft aus B'90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP in der BVV Pankow weist in der Kinder- und Jugendsowie in der Sozialpolitik absolute Leerstellen auf.

Sandra Brunner
Vorsitzende DIE LINKE.
Pankow



> Teure U-Bahnpläne

SPD und CDU haben in ihrem Koalitionsvertrag teure U-Bahnpläne angekündigt. Weiterverfolgt werden soll die Verlängerung der U2 bis Pankow-Kirche. Neu ist die Idee einer weiteren Verlängerung der U2 nach Französisch Buchholz sowie der U9 von Wedding nach Pankow-Kirche.



Nach dem Willen von SPD und CDU soll zudem eine neue Linie U10 nicht nur vom Alex zum Antonplatz, sondern sogar über Malchow bis nach Buch geprüft werden. Planungen für neue U-Bahnlinien sollen vor allem dort umgesetzt werden, wo viele Fahrgäste zu erwarten sind oder wo neue Wohngebiete entstehen.

Das alles mag auf den ersten Blick vernünftig wirken, ist es aber nicht. Diese Planungen sind unrealistisch, teuer und unökologisch. Schon die Verlängerung der U5 vom Alex zum Hauptbahnhof verschlang weit über eine halbe Milliarde Euro. Letztendlich dauerte der Bau für die nur wenige Kilometer lange Strecke 25 Jahre. In einem wachsenden Bezirk wie Pankow, bei dem zehntausende neue Wohnungen im Blankenburger Süden, in Französisch Buchholz, auf der Elisabethhöhe, in Karow sowie Buch entstehen sollen, braucht es aber einen zügigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Das geht vor allem mit der Straßenbahn. Schon jetzt stöhnt der Pankower Nordosten unter dem Autoverkehr und den unzureichenden Anbindungen an Bahn und Bus. Zudem, so Expert*innen, kostet ein Kilometer U-Bahn so viel wie zehn Kilometer Straßenbahn.

Die Redaktion

> Tram nach Blankenburg?

Ich gebe zu: Auf den Verkehrsteil des neuen Koalitionsvertrages von SPD und CDU in Berlin habe ich mit einer gewissen Spannung gewartet. Und dann doch nur: vollmundige Versprechungen, nichtvorhandenes Geld ausgeben und von anderen erwarten, dass sie die Arbeit machen.



So kennen wir CDU und SPD, wenn sie gemeinsam Stadtregierung spielen.

Beim Straßenbahnausbau, für den wir in Pankow in den letzten 20 Jahren ambitionierte Pläne gerade für den Norden des Bezirkes entworfen haben, soll wieder „geprüft“ werden. Obwohl gerade wegen unzähliger, bereits stattgefundener „Prüfungen“ nichts voran geht.

Die kryptische Vertragsformulierung zur Verlängerung der Tramlinie M2 nach Blankenburg legt sogar die vollständige Aufgabe des Projektes nahe. Inzwischen heißt es aber aus Verhandlungskreisen, gemeint wäre nur der letzte Planungsabschnitt, der nach dem Willen des alten Senates quer durch die Anlage Blankenburg führen sollte. Darüber lagen auch wir seit Jahren mit dem Senat im Clinch. Käme es hier zu einer Lösung im Sinne des Bezirkes, wäre das ein echter Fortschritt.

Froh kann man nur über zwei Dinge sein: Keine der von uns entworfenen Straßenbahntrassen wurde direkt verworfen. Und bei der Spange von Pankow über Heinersdorf nach Weißensee ist die BVG bereits mit den Ausführungsplanungen beauftragt, so dass hier 2030 tatsächlich Straßenbahnen fahren könnten.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

> 29 Euro-Ticket auf dem Abstellgleis

Rot-Grün-Rot hatte mit dem 29-Euro-Ticket Berlin und dem 9-Euro-Sozialticket für bezahlbaren Nahverkehr für die Berlinerinnen und Berliner gesorgt. Erfolgreich hat sich DIE LINKE mit der ehemaligen



Soziensensorin Katja Kipping für eine Verlängerung des 9-Euro-Sozialtickets bis Ende 2023 eingesetzt. Das vollmundige Wahlkampfversprechen der Berliner SPD, auch das 29-Euro-Ticket ab Mai fortzusetzen, wurde hingegen nicht gehalten. Schon im Wahlkampf war klar, dass der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg eine Verlängerung über April hinaus ablehnt. Nach dem Auslaufen des Tickets soll es nun zu einem späteren Zeitpunkt, so Franziska Giffey (SPD), wieder eingeführt werden.

Giffey's Plan ist jedoch ziemlich unvernünftig. Seit dem 1. Mai gilt das Deutschlandticket für 49 Euro bundesweit im Nahverkehr. Berlin zahlt allein jährlich über 130 Millionen Euro als Eigenanteil für das Ticket. Ein eigenständiges 29-Euro-Ticket nur für den AB-Bereich wäre eine teure Insel-Lösung. DIE LINKE wirbt dafür, dass Berlin und Brandenburg besser ein gemeinsames 29-Euro-Ticket und ein 9-Euro-Sozialticket - basierend auf dem Deutschlandticket - einführen. Damit wäre es dann auch möglich, dass die Berlinerinnen und Berliner für 29 Euro im Monat bundesweit im Nahverkehr unterwegs sein können.

Kristian Ronneburg
Mitglied des Abgeordnetenhauses

EINSTEIGERKURS Smartphone für Senior*innen

jeden 1. Montag im Monat
Linke Spitze, Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
13.45 - 15.45 Uhr – „Fortgeschrittene“
16.00 - 18.00 Uhr – „Neulinge“

Anmeldung erforderlich:
bis eine Woche vor Kurstermin
mit E-Mailadresse oder Telefonnummer
an tina.pfaff@die-linke-pankow.de



DIE LINKE.
hilft!

Sozial- und Mietenberatung

Do 1. Juni und 15. Juni, 16-17.30 Uhr

kostenlose Erstberatung mit Rechtsanwalt Kay Füblein
im Wahlkreisbüro von Katrin Seidel, Wisbyer Straße 37
Termine: wahlkreisbuero.linke@posteo.de

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

15. Mai • 18:30 Uhr Diskussion/Vortrag:
50 Jahre nach dem Putsch in Chile: Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit zu Colonia Dignidad, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Pablo-Neruda-Bibliothek, Frankfurter Allee 14 A (Nähe S und U Frankfurter Allee)

16. Mai • 19 Uhr BO Frischer Wind, junge Mitglieder der LINKEN laden zur Diskussionsrunde, Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Pistoriusstraße 24

16. Mai • 20 Uhr Treffen der BO Clara – Du willst mitmachen? Unser Treffpunkt variiert momentan, schreibt uns einfach an: bo-clara@die-linke-pankow.de

18. Mai • 19 Uhr Mitgliederstammtisch, Lockeres Treffen der Mitglieder in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37

20. Mai • 10 Uhr Seminar „How to TikTok“, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

22. Mai • 18 Uhr Film „Abschied und Ankunft“, Die Arbeitsbibliothek von Stefan und Inge Heym, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A (Nähe S-Ostbahnhof)

25. Mai • 15 Uhr Vortrag/Diskussion „Herzstation – Hilfe!“, Der tägliche Stress in deutschen Kliniken, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

3. Juni • 14 Uhr Kinderfest „Fete bei Käthe“ mit Spiel und Spaß für die Kleinen, Kollwitzplatz

19. Juni • 17:30 Uhr Basistag der LINKEN. Pankow in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37

12. Juli • 17:30 Uhr 16. BVV-Tagung der BVV Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17

25. August • 18 Uhr Mitgliederparty DIE LINKE. Pankow, Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23

SPRECHSTUNDE
mit **Katrin Seidel**
Di 6. Juni, 12-13 Uhr
Wahlkreisbüro Wisbyer Straße 37
Termine: seidel@linksfraktion.berlin
www.katrinseidel.berlin

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow
Linke Spitze
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
(Tram M2, M13, 12 oder Bus 156, 158)
Telefon 030 4401 7780
info@die-linke-pankow.de

DIE LINKE.
Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

GroKo Gernegroß

Es gibt immer wieder Dinge, über welche die Zeit einfach hinweggegangen ist. Wer weiß heute noch, was ein Telegramm ist oder ein Telefon mit Wählscheibe, eine Musikkassette oder ein Rechenschieber. Oder was eine richtige GroKo ist. Die



Abkürzung bedeutet eigentlich „Große Koalition“ und steht für eine gemeinsame Regierung von Union und SPD mit einer Stimmzahl, die den Rest des Parlaments marginalisierte. In der ersten Auflage einer solchen Koalition 1966 im Bundestag konnten beide Parteien fast 80 Prozent der Stimmen in die Waagschale werfen.

Auch im alten Westberlin wurden Wahlergebnisse eingefahren, welche die Attribute groß oder Volkspartei durchaus rechtfertigten. Legendär das Wahlergebnis von Willy Brandt 1963, der mit seiner SPD 61,9 Prozent der Stimmen einsamelte und souverän Regierenden Bürgermeister wurde.

Die SPD im Jahr 2023 mit Franziska Giffey an der Spitze landete bei der Wiederholungswahl im Februar nur noch bei 18,4 Prozent und ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Gemeinsam mit der CDU (28,2 Prozent) hat die selbsternannte GroKo nur noch sechs Stimmen Mehrheit im Parlament. Doch im Gegensatz zum großen Willy Brandt, dem so ein Satz durchaus zugestanden hätte, konstatierte die frisch abgewählte Regierende Bürgermeisterin kürzlich im ZDF nach der Wahl über sich: „Berlin braucht mich.“ Eine solche Einschätzung hat sie sehr exklusiv. Doch wer weiß, vielleicht hat sie das reale Berliner Wahlergebnis

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81
 www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de
 V.i.S.d.P.: Sandra Brunner
 Redaktionsschluß: 28. April 2023
 Satz+Druck: Druckerei Gottschalk, Berlin
 Auflage: 3.000
 Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 28. August 2023.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.
 Fotos: Ben Gross (Seite 1), Linksfraktion Pankow, Paul Schlüter, Sandra Brunner
 Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
 IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
 BIC: DEUTDE33 110
 Bank: Berliner Bank
 Verwendungszweck: 505 - 810

längst auf ganz persönliche Art und Weise zur Kenntnis genommen und konstatiert, dass ihre politische Zukunft doch eher in Brüssel als in diesem merkwürdigen Berlin zu finden sei. Wir dürfen gespannt sein, die Europawahlen sind 2024.

HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

		5					9	
		9				8	7	5
		3		1				
5			8			7	6	
6	7				1	4		9
8			7	6	2			
				2	8	3	1	7
	2				6		5	
	1				9	2		6

					5		1	4
	4				1		7	8
	8				7			
					5		8	3
2		6			8		9	
9					2			
		9	3					1
							6	
4		3	9					

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.